1. **Buchkritik von Norbert Reuter: Falsche Diagnose – falsche Politik.**
   Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der schwarz-roten Koalition, A. Beier u.a. (Hg.): Für die gängige These einer "strukturellen Krise" lasse sich keine empirische Bestätigung finden. Die Autoren zeigen, dass vielmehr eine makroökonomische Fehlentwicklung – vor allem hervorgerufen durch eine Politik der Lohnzurückhaltung, eine restriktive Finanz- und eine falsche Geldpolitik – Ursachen für geringes Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit sind. Wenn bereits die Diagnose falsch ist, verwundert es nicht, dass die Therapie nicht anschlägt.
   Quelle: FR
2. **Ronald Schettkat: Die Legende von der zu geringen Lohnspanne.**
   Deutschland liegt mit Großbritannien, das "bisher als Spitzenreiter hinsichtlich der Lohnspreizung in Westeuropa galt" gleichauf.
   Quelle: Böckler Impuls 15/2006
3. **AOK-Studie: Immer weniger Deutsche melden sich aus Angst vor Jobverlust krank.**
   Quelle: Die Welt

   Anmerkung: Man beachte die ziemlich zynische Überschrift: „Angst vor Arbeitslosigkeit macht gesund".

   Die Kehrseite der Medaille:
   Eine Million Deutsche sind abhängig von Schlaf- und Beruhigungsmitteln.
   Quelle: Spiegel Online

4. **Franz Walter: Für einen beachtlichen Teil der Bevölkerung, der an der klassischen gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Definition von "sozialer Gerechtigkeit" orientiert ist, wurde die Linkspartei seit 2005 zur neuen politischen Repräsentanz.**
   Quelle: Spiegel Online
5. **Trotz 94 Milliarden Aufbauhilfe für den Irak bestimmt weiterhin die Sabotage der Guerilla über den Fortschritt der Infrastruktur, und die Sicherheitslage hat sich merklich verschlechtert.**
   Quelle: NZZ
6. **US-amerikanischer Armutsbericht**
   Eine von vier Arbeitnehmerfamilien beziehen ein Einkommen, das kaum zum überleben reicht. 40% der Niedrigstlöhner entstammen Minderheitengruppen. Ein Drittel aller Kinder aus Arbeitnehmerfamilien entstammen aus Familien mit niedrigem Einkommen. Der größte Teil der Niedrigstlöhner kommt aus Familien mit geringer

Bildung.
Quelle 1: Working hard, falling short. An national Report. [PDF – 535 KB]
Quelle 2: Spiegel Online

7. **Der Bundesrechnungshof fordert Finanzämter auf, die Steuererklärungen von Einkommensmillionären häufiger zu prüfen.**
   Danach prüft der Fiskus im Schnitt jährlich nur 15 Prozent der Einkunftsmillionäre. Jede Sonderprüfung habe Mehreinnahmen von durchschnittlich 135.000 Euro ergeben.
   Quelle 1: Pressemitteilung des Bundesrechnungshofs [PDF – 100 KB]
   Quelle 2: SZ
8. **EU will Schleichwerbung im Fernsehen zulassen.**
   Quelle: Netzzeitung
9. **Jugendforscher Klaus Hurrelmann fordert in einem offenen Brief an die Kultusminister, die Hauptschulen aufzulösen, mit anderen Schulformen zusammenzulegen und spezielles Personal bereitzustellen – Sozialpädagogen und Psychologen.**
   Quelle: taz
10. **Finanzmarktexperten sehen die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands immer pessimistischer. Der ZEW-Konjunkturindex sank im November auf den niedrigsten Stand seit 13 Jahren.**
    Quelle: Spiegel Online

    Anmerkungen: Das sagt eigentlich alles über den Sinn oder Unsinn von Konjunkturprognosen: Vor ein paar Tage jubelte der Sachverständigenrat, das ZEW malt schwarz.

11. **Ein Prosit auf den Klimaschutz!**
    Die Zeitschrift „Berliner Republik“ lädt zum Dialog „Innovationsmonitor Klimaschutz“. Gastgeber ist der Energieoligopolist und größte deutsch Atomkraftwerkbetreiber „EnBW“ – natürlich mit Sektempfang.
    Quelle: Berliner Republik

    Anmerkung: Schampus hätte es angesichts der Gewinnlage von EnBW schon sein dürfen. Vielleicht kann man da ja auch über folgendes Thema sprechen…:

    Stromerzeuger können beim Klimaschutz tricksen.
    Quelle: Spiegel Online

12. **Kochs Problem ist, dass ihm alles zugtraut wird.**

Quelle: FR

13. **Nochmals zur Auswanderungswelle aus Deutschland: Im letzten Jahr verließen über 450.000 Briten ihre Heimat.**
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung: Während die Auswanderung von 145.000 Deutschen bei uns die Alarmglocken vom ausblutenden Deutschland schrillen lässt, verlassen dreimal so viele Briten ihr Heimatland.